Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

Geheim

Sitzung der Regierungschefs am 13. September 1955
nachmittags

Bulganin: Ich bitte, mir das Wort zu überlassen. Bevor wir .... übergehen, möchte ich noch eine Erklärung abgeben in Bezug auf die sowjetischen verschleppten Personen, die sich in Westdeutschland befinden. In den Jahren des letzten Krieges sind von der Hitler-Armee zwangsläufig nach Deutschland viele tausend friedlicher Sowjetbürger verschleppt worden. Von diesen sowjetischen Menschen sind viele in Lagern gefallen bei der Zwangsarbeit in Deutschland. Nach der Vernichtung der Hitlerarmee durch uns, sind die meisten der Zurückgebliebenen, am Leben gebliebenen, in die Heimat zurückgekehrt. Jedoch ein nicht geringer Teil wurde zurückgehalten, vorwiegend in Westdeutschland. Nach den vorläufigen Angaben befinden sich auf dem Gebiete der Deutschen Bundesrepublik bis jetzt über 100ooo solcher sowjetischer Bürger, die in vielen Fällen als Personen ohne Staatsangehörigkeit bezeichnet werden. Die meisten dieser unglücklichen Menschen, die zwangsläufig von ihrer Heimat und ihren Familien getrennt sind, haben keine ständige Arbeit, keine Unterkunft, keine Existenzmittel und leiden schwere Entbehrungen und Not. Sie befinden sich in fremden Händen in der Lage rechtloser und abhängiger Menschen. Es sind uns auch viele Fälle bekannt, bei denen die sowjetischen verschleppten Bürger, die durch ihre schwere Lage unzufrieden sind, in den Gefängnissen auf dem Gebiet der Deutschen Bundesrepublik zurückgehalten werden. Bekannte Organisationen, die feindlich gegenüber der Sowjetunion gestimmt sind, führen unter Unterstützung entsprechender Behörden eine boshafte Propaganda durch, die die Sache der Rückführung stört und die diejenigen, die nach ihrer Heimat zurückkehren wollen, einschüchtert und terrorisiert, wobei Versuche durchgesetzt werden, diese Personen zu verbrecherischen politischen Zielen auszunutzen. Wir sind der Ansicht, daß eine solche Lage, wie sie sich in der westdeutschen Bundesrepublik in Bezug auf die sowjetischen verschleppten Bürger gebildet hat, anormal ist und den Prinzipien der Humanität und der persönlichen Freiheit widerspricht. Die sowjetische Regierung hält es für

ihre

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

ihre Pflicht, sich für diese sowjetischen Bürger einzusetzen,die unter den bestehenden Verhältnissensich nicht gut gegenüber ihrer eigenen Heimat verhalten haben. Wir hoffen, daß sie sich wieder bekehren werden, und wir werden sie nicht zu streng für die von ihnen verübten Verbrechen zur Verantwortung heranziehen. Wir richten die Aufmerksamkeit der Regierungsdelegation der Deutschen Bundesrepublik darauf und hoffen, daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik entsprechende Maßnahmen ergreifen wird, und ihre Mithilfe bei der Rückführung nach ihrer Heimat der verschleppten sowjetischen Bürger erweisen wird.

Bundeskanzler: Erlauben Sie mir, Herr Ministerpräsident, Ihnen hierauf zu antworten. Dieser ganze Komplex gehörte in diesen Jahren in die Zuständigkeit der Besatzungsmächte und war deutschem Einfluß entzogen. Die Besatzungsmächte haben diese Personen, die anderen Staaten angehörten und die sich infolge der Nachkriegsereignisse in den Besatzungs-Zonen aufhielten, gesammelt und in Dörfer eingewiesen und diese Dörfer durfte kein Deutscher betreten. Später sind dann von den Besatzungsmächten diejenigen Personen, die dann noch in Westdeutschland waren, - ich weiß nicht wie viele - dem UNO-Kommissar unterstellt worden. Ich bin gern bereit, die Angelegenheit zu untersuchen, und ich bin auch bereit und bitte sogar darum, daß die Sowjetregierung einen Vertreter nach der Bundesrepublik schickt, der die Sache mitprüft, weil uns viel daran liegt, dies völlig klarzustellen.
Wir werden uns auch an den UNO-Kommissar wenden, und wir werden uns auch an die drei Westmächte wenden und bitten, uns Auskünfte darüber zu geben.
Ich bitte Sie aber vor allem, Herr Ministerpräsident, schicken Sie einen Herrn, gleichgültig wen sie schicken wollen, zur Bundesrepublik, zu uns, damit wir mit ihm zusammen die Sache aufklären und Ihnen die Auskünfte geben können.

Bulganin: Ich nehme zur Kenntnis die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers. Aber wir sind doch der Meinung, daß die Deutsche Bundesregierung zuständig ist für alle Angelegenheiten, die auf ihrem Gebiet vor sich gehen.

Bundeskanzler:

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

Bundeskanzler: Seit einiger Zeit -

Bulganin: Wir meinen die heutige.

Bundeskanzler: Seien Sie versichert, daß wir versuchen, und ich bitte Sie nochmals, schicken Sie einen Vertreter der Sowjetregierung, damit wir zusammen die Dinge untersuchen.

Bulganin: Da diese Angelegenheit durchaus sich auf die Regierung der Deutschen Bundesrepublik bezieht, ist es kaum zweckmäßig, auf dem Wege gemeinsamer Anstrengungen hier etwas zu unternehmen. Es wäre zweckmässig, daß dann die Regierung der Deutschen Bundesrepublik für ihre Angelegenheiten zuständig ist, daß sie allein die Sache prüft.

Bundeskanzler: Das werden wir tun.

Molotow: Gestatten Sie mir, eine Erklärung abzugeben.
Nach den Angaben der sowjetischen Flieger, die ihre Flüge auf den inneren und äusseren Luftwegen durchführen, werden in der Luft unkontrollierte große Luftballons mit angehängten Gewichten beobachtet. Diese Luftballons sind im Durchmesser 8 m breit und 16 m hoch. Die Untersuchung dieser Luftballons, die auf dem Gebiet der Sowjetunion aufgelassen wurden,zeigt,daß das Gewicht der an sie angebrachten Lasten etwa 300 kg ausmacht. Es ist bekannt, daß diese Luftballons aus dem Territorium Westdeutschlands abgesandt werden, um in der UdSSR und in einer Reihe anderer europäischer Länder Flugblätter und propagandistische Literatur zu verbreiten, die diesen Staaten feindlich sind. Nach dem Gutachten kompetenter sowjetischer Flugspezialisten stellen diese Luftballons eine Gefahr für den Lufttransport dar; da diese Luftballons zu verschiedener Uhrzeit in verschiedenen Höhen und in verschiedenen Richtungen fliegen, bedrohen sie das Leben der Passagiere und der Mannschaft der Flugzeuge, die ihre Flüge auf den inneren und ausländischen Fluglinien führen.
Nach den vorliegenden Angaben werden diese Luftballon auf dem Territorium Westdeutschlands durch amerikanische Organisationen abgesandt. Darüber hat uns offen am 16. 8. des laufenden Jahres der amerikanische Sender in München unterrichtet. Ich möchte darauf hinweisen, daß eine größere Anzahl solcher Luftballons am 15. 8. von der amerikanischen Station (Sender) für die Freiheit

abgesandt

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

abgesandt wurden. Die Sowjetregierung richtet die Aufmerksamkeit des Herrn Bundeskanzlers auf das oben Gesagte und erwartet, daß die Deutsche Bundesregierung Maßnahmen ergreifen wird zur Einstellung dieser Handlungen und zur Beseitigung dieser Gefahr, die die Luftballons für die Passagiere darstellen, die auf den in- und ausländischen Linien, auf internationeln Linien und über das Territorium der UdSSR und einiger europäischer Staaten fliegen.
Das ist der Wortlaut dieser Erklärung (übergibt sie).

Bundeskanzler: Ich weiß von der Sache nichts und darf noch fragen, ob es sich hier nach den Begutachtungen um planmäßige, also häufig vorkommende Ballons handelt.

Molotow: Wir werden die Berichte herausfinden. Die Luftballons fliegen in Abhängigkeit vom Wind ....

Adenauer: Ich werde zunächst mit der amerikanischen Regierung sprechen.

Molotow: Ich bin der Ansicht, daß es bereits aus der Presse bekannt ist, daß diese Anwendungen angeblich von privaten amerikanischen Organisationen durchgeführt werden.

Adenauer: Trotzdem werde ich mich mit der amerikanischen Regierung in Verbindung setzen.

Molotow: Wir sind der Ansicht, daß die Deutsche Bundesrepublik die festgelegte Souveränität geniesst und entsprechende Maßnahmen von der deutschen Bundesregierung getroffen werden können.

Adenauer: Diese Annahme ist durchaus richtig. Aber ich muss doch feststellen bei den Amerikanern, wann und wo diese Ballons aufgelassen wurden. Darf ich dann, wenn die Herren gestatten, Herrn Kiesinger das Wort geben zur Erläuterung der Fragen, die wir heute morgen behandelt haben.

Kiesinger: Herr Ministerpräsident! Meine Herren! Jeder von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages hat in den letzten Jahren 100 ja 1ooode von Briefen von Angehörigen von Menschen bekommen, von Deutschen bekommen, die sich in der SU befinden. Diese Briefe vermehrten sich besonders in den letzten Wochen, als bekannt wurde,

daß

daß wir mit hierher fahren würden, um diesen Verhandlungen beizuwohnen. Ich hatte in den letzten Tagen den Eindruck, daß hier einige Mißverständnisse entstanden waren in Bezug auf die Personengruppen, von denen wir hier sprachen. Ich halte es im Interesse der Aufrichtigkeit und im Interesse der Erreichung unseres gemeinsamen Zieles für wichtig, noch einmal ein paar Worte dazu zu sagen. Wir sind ja nicht hierher gekommen, um irgendwelche Anklagen zu erheben oder um irgendwelche Untersuchungen zu fordern. Ich will nicht wiederholen, was in diesem Zusammenhang mein Kollege, Prof. C. Schmid schon gesagt hat. Wir wollen, das ist mein Eindruck, den ich in den letzten Tagen gewonnen habe, für die Zukunft wirklich freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Ländern erstreben. Sie kennen unsere politische Struktur und wissen, wie ausserordentlich bedeutsam die öffentliche Meinung in unserem Lande für die Regierung ist. Es sind im Laufe der letzten Tage Zahlen genannt worden, wenn auch ungenaue Zahlen, aber doch etwa, und ich fürchte, wenn wir über diesen Punkt nicht noch einmal sprechen, würde es in der Bundesrepublik ganz ausserordentliche Schwierigkeiten geben. Ich spreche nicht etwa über ein formelles Abkommen, sondern rein über die Personen, die wir im Auge haben, weil ich den Wunsch habe, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, wie viele, viele Deutsche, 100ooode von Deutschen in dieser Frage denken. Nach Briefen, die in Deutschland in den letzten Jahren angekommen sind, müssen wir annehmen, daß sich im Bereich der SU noch etwa folgende Gruppen von Menschen befinden:
Die erste Gruppe besteht aus Angehörigen der ehemaligen deutschen Streitkräfte und deren Gefolge. Soweit man feststellen kann nach den Briefen, befinden sie sich hauptsächlich im Gebiete von Swerdlowsk.
Die 2. Gruppe sind deutsche Zivilpersonen in Lagern und Gefängnissen, dabei handelt es sich hauptsächlich um Personen, die in den letzten Kriegsmonaten nach der SU verbracht worden sind.
Eine andere Gruppe solcher Zivilpersonen sind solche, die seit Ende der Feindseligkeiten aus politischen Gründen aus der sowjetischen Besatzungszone in die SU gebracht worden sind.
Schliesslich um Deutsche, die z.B. in Ostpreussen ansässig waren.

Chruschtschow: Ich möchte eine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler, richten, zur Tagesordnung.
Eigentlich kann ich nicht begreifen, welche Frage uns zur Erörterung vorgeschlagen wird. Wir haben durch diplomatische Kanäle und

durch

durch die Presse uns vereinbart, daß wir mit der Regierung der Bundesrepublik zusammenkommen, um die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu erörtern. Aber jetzt wird die eine Frage, die Hauptfrage, durch andere Fragen ersetzt. Ich sehe, daß der Herr Bundeskanzler wieder um die Note bittet, um sie vielleicht zu verlesen. Ich kann nur sagen, daß wir schon wiederholt auf die Note zurückgekommen sind und sie verlesen haben. Wirklich, es steht in der Note, daß ein Wunsch besteht, diese Frage zu besprechen, und wir leugnen das nicht ab. Aber die Behandlung einer Frage heisst doch nicht, sie durch eine andere zu ersetzen. Wir haben schon genug Zeit dazu verbraucht, um darüber zu diskutieren und hier hat man die Hauptfrage durch diese Frage ersetzt. Wenn der Herr Bundeskanzler keinen Wunsch hat, diese Verhandlungen zu führen und wenn der Herr Bundeskanzler den Wunsch hat,die Verhandlungen weiter zu führen, dann müssen sie auch weitergeführt werden. Ich persönlich bin dafür, daß dieses Gespräch wohlwollend abgeschlossen wird. Wenn kein Wunsch dazu besteht, dann sehe ich keinen Sinn für die weitere Durchführung der Verhandlung. Ich habe z.B. keinen Wunsch, die Erklärungen anzuhören, die berechnet sind, ich weiss nicht aus welchen polemischen Erwägungen, um eine solche verantwortungsvolle Sitzung damit zu belasten, d.h. mit der Erörterung einer Frage, die keine direkte Beziehung zu der hier zur Verhandlung stehenden Frage hat. Wenn Sie das sagen wollen, dann suchen Sie bitte einanderes Auditorium, das den Wunsch haben wird, diese Erklärungen anzuhören.

Bundeskanzler: Ich möchte Ihnen darauf antworten.Die letzte Aufforderung, sich ein anderes Auditorium zu suchen, ist ja nicht besonders höflich. Und ich darf vielleicht darauf aufmerksam machen, daß Herr Ministerpräsident Bulganin - das steht nicht in der Note - zunächst die Sitzung damit eröffnet hat, daß er über die in der Bundesrepublik zurückgehaltenen Sowjetbürger gesprochen hat. Obgleich das nicht in der Note steht, habe ich begrüßt, daß er das gesagt hat, damit wir diese Sache klären können im Interesse unserer Beziehungen. Ich darf weiter darauf aufmerksam machen, daß Herr Aussenminister Molotow von den Luftballons mit Propagandamaterial gesprochen hat, wovon auch nichts in der Note steht. Aber ich habe auch das begrüßt, damit auch auch diese Frage erörtert werden kann. Mir wurde diesen Morgen in der Verhandlung gesagt, daß den Herren nichts bekannt sei von dem zwangsweisen Aufenthalt von anderen deutschen Personen auf dem Boden der SU mit Ausnahme der Soldaten,

und

und wir wurden ausdrücklich aufgefordert, nähere Unterlagen mitzubringen. Und diese Unterlagen verliest jetzt Herr Kiesinger.

Chruschtschow: Ich bitte um Verzeihung, Herr Bundeskanzler. Sie sagten, ich habe Sie beleidigt.

Bundeskanzler: Ich habe nicht gesagt "beleidigt", ich habe gesagt, nicht sehr höflich.

Chruschtschow: Ich will wirklich weder Sie noch Ihre Delegation beleidigen. Wenn man sich aber die Protokolle durchsieht, dann sieht man, daß Sie immer wieder zu dieser Frage zurückkehren und ich wollte aber, daß wir endlich zu der Hauptfrage gelangen, zu der Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Ländern, was wohl auch in Ihrem Interesse liegt. Wenn kein Wunsch besteht, dann sagen Sie es uns bitte offen. Dann aber nicht eine Frage durch eine andere Frage ersetzen. Vielleicht können Sie uns das nicht offen sagen und deshalb wird die eine Frage durch die andere Frage ersetzt. Aber wir haben doch vereinbart, daß wir ganz offenherzig und freimütig sprechen,und ich möchte, daß das auch von der Gegenseite getan wird.

Bundeskanzler: Seien Sie überzeugt,daß wir die ernste Absicht haben, zu einem positiven Erfolg zu kommen.

Chruschtschow: Wollen wir ein Ergebnis in dieser Frage erzielen, dann werden wir auch die andere Frage behandeln, wenn dazu die Notwendigkeit vorhanden sein wird.

Bulganin: Herr Bundeskanzler, wir hatten heute Morgen mit Ihne hier eine sehr eingehende Besprechung in dieser Angelegenheit gehabt.Wir haben gewiß dieseDiskussion abgeschlossen und uns vereinbart, und Sie haben dem Vorschlag zugestimmt, der vom Genossen Chruschtschow gemacht wurde, und zwar, daß Sie uns Angaben vorlegen werden, die von uns behandelt und geprüft werden, und dabei haben wir versprochen, daß wir unsere Vereinbarung halten werden. Sie haben diesen Vorschlag angenommen und zugestimmt und haben um 15 Minuten Pause gebeten. Wir haben über eine Stunde gewartet und wir dachten, daß diese Frage bereits erschöpft sei, da Sie dem zugestimmt haben, was wir vereinbart haben und weil wir einen gemeinsamen Beschluss gefasst haben. Nun ist wieder eine Plenarsitzung einberufen und wieder kehren wir zu der Frage zurück, in der wir eine Einigung erzielt haben.

Chruschtschow:

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

Chruschtschow: Das sind Reden für die Presse.

Bulganin: Ich unterstütze vollkommen den Vorschlag des Genossen Chruschtschow und bin der Ansicht, daß die Frage, die wieder aufgeworfen ist, nicht mehr zu erörtern ist. Ich schlage vor, daß wir zu der Hauptfrage übergehen.

Bundeskanzler: Herr Ministerpräsident, wir mißverstehen uns vollkommen. Ich versuche allen Ernstes, auch meine Herren zu einer positiven Stellungnahme zu bekommen. Nach unserer Verfassung sind wir eben gebunden an die Zustimmung des Kabinetts, und wir müssen doch auch die Sache so vorbereiten, daß wir eine Mehrheit des Bundestages dafür bekommen. Ich erkenne an, daß Sie sehr viel Zeit aufwenden müssen für diese ganze Frage, weil wir nun einmal diese Schwierigkeiten haben. Aber ich glaube, daß wir doch schneller als Sie denken, zu einem Ergebnis kommen werden. Nun blieben von heute Vormittag von der Besprechung zwei Punkte bei uns hängen; sie waren etwas unangenehm.
Als ob wir doch mehr oder weniger die Zahlen dieser Personen aus der Luft greifen. Herr Kiesinger wollte darüber sprechen, welche Personenkreise wir meinten. Ich nehme an, daß er in 3,4 Minuten fertig ist.

Bulganin: Das sind aber doch ganz andere Fragen. Wir hatten gesagt, daß Sie uns Angaben geben sollten, d.h. Adressen, Namen, Listen.

Bundeskanzler: Die geben wir Ihnen auch noch, aber wir wollten Ihnen klar machen, daß wir nicht Taschenspielerkunststücke machen und vor allem, verehrter Herr Chruschtschow, hier werden keine Reden an die Presse gehalten. Es ist bestimmt nicht so.

Chruschtschow: Wir sind keine Lenin-Propagandisten.

Bundeskanzler: Sie sind besser als wir.

Bulganin: Ich habe eine konkrete Frage an Sie. Welche Frage wird jetzt behandelt?

Bundeskanzler: Ich hatte gedacht, nachdem Sie, Herr Ministerpräsident, diese Frage angeschnitten haben und Herr Aussenminister Molotow diese Frage aufgegriffen hat, daß dann auch Herr Kiesinger diese kurze Erklärung abgibt. Dann hat Herr Ministerpräsident Arnold in dieser Sitzung erklärt, daß er gerade mit Herrn Chruschtschow gesprochen hätte über Frauen und Kinder, die noch auf Ihrem Grund und Boden sind; und es liegt mir daran, daß Sie den Eindruck

von

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

von dieser Delegation bekommen, daß wir nicht in die leere Luft hineinsprechen,und daß wir nichts behaupten, was wir nicht beweisen können.

Bulganin: Die Frage, die von Herrn Kiesinger gestreift wurde, ist bereits behandelt und erschöpft und darin besteht der Unterschied zwischen der Erklärung und der, die ich abgegeben habe und die Aussenminister Molotow abgegeben hat.

Chruschtschow: Wenn Sie mir gestatten, Herr Bundeskanzler, dann möchte ich das wiederholen, worüber wir heute mit Ihnen gesprochen haben.

Bundeskanzler: Ich habe doch gesagt, ich muß mit der Delegation sprechen. Meine Herren sehen Sie das doch ein. Und ich habe mit der Delegation gesprochen. Und nun hat die Delegation noch einige Fragen. Haben Sie doch Verständnis dafür.

Chruschtschow: Sie verzeihen, wollten Sie uns vielleicht sagen, daß wir Ihnen helfen, Ihre Delegation dazu zu bringen, daß Sie sich mit Ihnen einverstanden erklärt. Aber das ist eine andere Frage.

Bundeskanzler: So ungefähr ist das auch, aber man darf das nicht so genau heraussagen.

Chruschtschow: Gestatten Sie mir, Herr Bundeskanzler, daß ich darüber berichte, was vorgekommen ist im Zusammenhang damit, was Ihr hochverehrter Herr Kiesinger gesagt hat. Ich bitte Sie, Herr Kiesinger um Verzeihung, ich habe nichts gegen . . . .
Ich möchte dann, Herr Bundeskanzler, eine Erklärung namens unserer eigenen Delegation abgeben, und ich will Ihnen auch sagen, daß unser Wort sicher ist. Wenn schon das Wort gegeben ist, dann wird es auch erfüllt.

Bundeskanzler: Darüber wollen wir sprechen.

Chruschtschow: Unser Standpunkt ist folgender. Wir stellen diplomatische Beziehungen wieder her, ohne jegliche Vorbedingungen und Vorbehalte, ungefähr im Sinne des Wortlautes des Schreibens, das wir gestern an Herrn Bundeskanzler gerichtet haben. Weiter, wir verstehen vollkommen die Sorge der deutschen Familien über das Schicksal ihrer Angehörigen. Wir sagten, daß der Abschluß einer Einigung über die Herstellung diplomatischer Beziehungen ein Auftakt zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unsern Staaten bedeuten soll. Wir geben Ihnen unser Ehrenwort,daß

wir

wir alle Kriegsgefangenen, Sie nennen sie Kriegsgefangene, wir nennen sie Kriegsverbrecher, übergeben werden. Entweder geschieht das auf dem Wege einer Begnadigung, oder aber wir werden sie Ihren Behörden übergeben und Ihre Behörden werden nach ihrem Gewissen und ihren Gesetzen über sie verhandeln und über ihr Schicksal entscheiden. Die realen Verhältnisse sind aber so, daß es zwei Deutschland gibt, die deutsche Bundesrepublik und die deutsche demokratische Republik. Wir werden diejenigen Kriegsverbrecher, die ihren Wohnort in Westdeutschland haben, an die deutsche Bundesrepublik übergeben und diejenigen, die in Ostdeutschland wohnhaft sind, an die deutsche demokratische Republik, wovon wir den Präsidenten der deutschen demokratischen Republik verständigen werden. Darüber hinaus haben wir Deutsche hier, die laut Verträgen, die mit ihnen abgeschlossen sind, hier in der Sowjetunion arbeiten. Wir machten das auch früher und werden das auch weiter so machen, daß,wenn die Frist dieser Verträge abgelaufen ist, wir die betreffenden Personen in ihre Heimat zurückgeben, entweder zu ihrem Wohnort dorthin, wo die Personen ihren Aufenthalt haben. Andere Gruppen von Deutschen haben wir nach unseren Angaben nicht. Wir haben keine anderen Deutschen bis auf diejenigen, die Staatsbürger der Sowjetunion sind und die in unseren Betrieben und Organisationen arbeiten. Darunter gibt es Ingenieure, Militärs und Kolchosenmitglieder u.a. mehr, aber das alles sind Staatsbürger der Sowjetunion. Es war für uns eine Überraschung, daß in Ihrer Erklärung, ich weiß nicht, auf welches Material sie sich stützt, Herr Bundeskanzler, die Zahl der Deutschen, die sich noch in der Sowjetunion befinden, über 130ooo ausmacht. Diese Erklärung bleibt auf Ihrer Verantwortung. Wir wissen das nicht und tragen für die Angaben dieser Erklärung keine Verantwortung. Infolge der Spannung, die zwischen den Großmächten besteht, wurden verschiedene Organisationen geschaffen. Es entstand auch der kalte Krieg, und ich halte diese Angaben über die 130ooo Personen als ein Element dieses kalten Krieges. Über diese 130ooo Personen, die angeblich in der Sowjetunion zurückgehalten werden, haben wir keine Angaben dafür, um diese Zahlenangaben zu widerlegen. Deshalb müssen wir ehrlich diese Angaben prüfen lassen. Damit wir imstande sind, das zu prüfen, bitten wir, daß Sie uns angeben, wo sich diese Personen befinden, und wir geben Ihnen unser Wort, daß die Personen, die nach diesen Listen gefunden werden, falls sie deutsche Staatsbürger sind, Ihnen zur Verfügung gestellt werden. Und wir bitten Sie, daß Sie uns in dieser Angelegenheit auch unserem Ehren-wort glauben. Ich bin der Meinung, daß es

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

nicht schlimm ist. Wir haben uns mit Ihnen einverstanden erklärt und Sie könnten sich auch mit uns einverstanden erklären. Wenn alle damit einverstanden sind, bin ich der Meinung, daß wir zu der nächsten Frage übergehen. Wenn die hochverehrten Mitglieder der Regierungsdelegation uns etwas einreden wollen oder uns irgendwelche Bedingungen aufzwingen wollen, so können wir sie nicht annehmen und ich erkläre, daß wir darauf nicht eingehen können, denn das würde für uns erniedrigend sein. Man kann doch nicht die Anerkennung eines Staates, d.h. unsere Existenz, kaufen oder verkaufen. Man kann auch nicht die Anerkennung der deutschen Bundesrepublik kaufen oder verkaufen. Es bestehe eine deutsche Bundesrepublik, die erkennen wir an und mit der wollen wir diplomatische Beziehungen aufnehmen. Wir wollen diese diplomatischen Beziehungen zu freundschaftlichen Beziehungen zum Wohl des Friedens in der Welt umwandeln. Und ich kann Ihnen versichern, daß wenn wir diese Beziehungen in freundschaftliche Beziehungen umwandeln werden, dann wird es keinen Krieg mehr geben.

Bundeskanzler: Heute morgen haben Sie nur einen kleinen Teil ..., aber ich glaube, wir können diesen Punkt dann verlassen. Ich hoffe, daß Sie einverstanden sind. Und wenn Herr Ministerpräsident Arnold noch sprechen will, dann können sie das mit Herrn Chruschtschow unter vier Augen machen. Wir gehen über zur Frage über die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen.

Bulganin: Ich übertrage das Wort dem Aussenminister der Sowjetunion ~~Molotow~~.

s. Anl. 1

Molotow: Herr Vorsitzender! Direkt vor der Sitzung haben wir den Entwurf der Delegation der Deutschen Bundesrepublik erhalten. Ich meine den Entwurf des Schreibens des Herrn Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Ministerrates in der Frage der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen. Unsere Delegation hat diesen Entwurf aufmerksam geprüft. Die Meinung der sowjetischen Delegation ist die, daß dieser Entwurf nicht dem Charakter der Verhandlungen entspricht, die geführt wurden. Dieser Entwurf entspricht nicht der Einigung in dieser Frage, die in unseren vorhergegangenen Sitzungen erzielt wurde. Im Hinblick darauf kann dieser Entwurf nicht als Grundlage für die Verhandlungen dienen. Mir bleibt nur übrig, daran zu erinnern, daß in dieser Frage die sowjetische Delegation ein eigenes Schreiben überreicht hat. Ich verlese den Wortlaut dieses Entwurfs.

"Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Im Zusammenhang ..... "

(s. Protokoll 12. 9. nachmittags S. 9) Bundeskanzler:

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

Bundeskanzler: Ich glaube, wir können auf die Übersetzung verzichten, wir haben ja den Wortlaut.

Molotow: Dieser Entwurf könnte als Grundlage für ein Abkommen dienen. Was den Entwurf betrifft, den wir heute von Ihrer Delegation erhalten haben, so kann er als Grundlage nicht dienen. Ich bin der Ansicht, daß es keiner großen Erläuterung bedarf, warum die sowjetische Delegation zu dieser Meinung gekommen ist. In dem Entwurf, der von uns vorgelegt wurde, ist darauf hingewiesen, daß diplomatische Beziehungen ab heute, d.h. ab dem Tage hergestellt werden, an dem die Unterzeichnung dieses Vertrages erfolgt. In dem Entwurf, den wir heute erhalten haben, wird darauf hingewiesen, daß grundsätzlich diese diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten hergestellt werden, aber es wird nicht auf das Datum der Aufnahme dieser Beziehungen hingewiesen. Folglich sind das völlig verschiedene Vorschläge, die miteinander nicht abgestimmt werden. Darüber hinaus sind in dem Entwurf, der uns heute übergeben wurde, eine Reihe von Vorbedingungen aufgestellt worden, Vorbedingungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Staaten. Der Regierung der deutschen Bundesrepublik ist wohl aus unserer Augustnote bekannt, daß die sowjetische Regierung auf keine Vorbedingung in diesem Zusammenhang eingehen kann. Und ich möchte jetzt auf diese Weise meine Bemerkungen abschliessen. Folglich schlagen wir vor, daß für eine Einigung in dieser Frage über die Herstellung der normalen diplomatischen Beziehungen zwischen unseren Ländern der Entwurf als Basis benutzt wird, der heute dem Herrn Bundeskanzler vom Vorsitzenden des Ministerrates übergeben wurde.

Staatssekretär Hallstein:
Herr Minister, ich glaube, wir sind darüber einig, daß es zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zweier Briefe bedarf. Eines Briefes des Ministerpräsidenten Bulganin an den Herrn Bundeskanzler und eines Briefes des Herrn Bundeskanzlers an den Herrn Ministerpräsidenten der Sowjetunion. Ich glaube, wir sind auch darüber einig, daß zur Grundlage dieses Briefwechsels Ihr eigener Entwurf genommen wird. Wir haben uns auch sehr bemüht, das zu tun, und wenn Sie Ihren eigenen Entwurf, Herr Minister, mit dem Entwurf vergleichen, den wir gemacht haben, so werden Sie sehen, daß die Änderungen ganz gering sind. Ich möchte Sie überzeugen, daß es sich nicht um große Änderungen handelt, nicht um Änderungen prinzipieller Natur, sondern um Änderungen, über die ein Einverständnis entweder schon besteht, oder leicht hier erzielt werden sollte
Ich darf vielleicht Ihr Einverständnis voraussetzen, wenn ich

zunächst

zunächst von Ihrem Entwurf spreche und dann von unserer Antwort. Es ist richtig,- wenn ich zunächst von Ihrem Brief spreche - daß eine Nichtübereinstimmung Ihres Briefes mit dem unsrigen in dem Punkt besteht, den Sie selbst zitiert haben, daß nämlich das Wort "ab heute oder von heute ab" weggefallen ist. Damit ist nicht gemeint, daß wir der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wie Sie es verstanden haben, Herr Minister, nur grundsätzlich zustimmen, sondern damit ist nur der Realität Rechnung getragen. Es ist nämlich ganz sicher unrichtig, daß wir in der Lage sind, heute am 13. September, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Diplomatische Beziehungen werden aufgenommen durch die Errichtung der Botschaften und durch die Entsendung der Botschafter. Dazu bedarf es bestimmter Vorbereitungen. Es steckt garnichts Geheimnisvolles oder eine böse Absicht hinter dem Wegfall dieser Bestimmungen. Wir haben nur gedacht, daß die Arbeit bis zur Entsendung von Botschaftern einige Zeit in Anspruch nehmen, auch wenn wir jetzt die Errichtung der Botschaften so schnell wie möglich vorbereiten. Wir sind bei diesen Vorbereitungen an die Bestimmungen unserer Verfassung und unserer eigenen Gesetze gebunden. Es müssen die Mittel für diese Botschaften bewilligt werden, es müssen die erforderlichen Zustimmungen der zuständigen Organe eingeholt werden. Wir wollten nur vermeiden, daß durch die Einfügung dieser Worte "ab heute" etwas gesagt wird, was nicht eingehalten werden kann. Dahinter steckt in gar keiner Weise die Absicht, die Errichtung der Verträge und der diplomatischen Beziehungen zu verzögern. Das wollen wir auf keinen Fall. Das ist die erste, ich denke, kleine Änderung, die wir in dem Entwurf vornehmen.

Wir schlagen noch eine zweite Änderung vor, in diesem Falle nicht eine Weglassung, sondern eine Hinzufügung. Sie wissen aus den Erörterungen, die wir mit Ihnen in diesen Tagen pflegen durften, welche ausserordentliche Bedeutung die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands für unser Land, die öffentliche Meinung und die verantwortlichen Organe Deutschlands hat. Sie haben uns, wenn wir diesen Punkt vorgetragen haben, immer darauf geantwortet, die Errichtung diplomatischer Missionen ist ein gutes Mittel, die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu fördern. Wir möchten auch, - damit wir unsere öffentliche Meinung davon überzeugen, daß der Schritt zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen tatsächlich zur Vereinigung Deutschlands führt - daß dies in irgendeiner Form

auch

auch in dem Briefwechsel zum Ausdruck kommt.
..... Es gibt in Ihrer Note einen sehr guten Platz, wo man das sagen könnte. Das ist im 2. Absatz. Im 2. Absatz begründen Sie nämlich, rechtfertigen gewissermassen die Errichtung diplomatischer Beziehungen, indem Sie sagen: " die Regierung der Sowjetunion bringt die Überzeugung zum Ausdruck, daß die nunmehr herzustellenden diplomatischen Beziehungen der Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa dienen wird." Wir finden,daß dieser Satz sehr gut die Absicht wiedergibt, die Ihre Regierung und auch unsere Regierung leitet bei der Herstellung diplomatischer Beziehungen. Wir sind daher mit diesem Satz völlig einverstanden. Wir bitten aber, an diesen Satz einen zweiten Satz anzufügen, der folgendermassen lautet:
"Sie ist ferner überzeugt, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein geeignetes Mittel ist, die alsbaldige Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu fördern, die von beiden Regierungen erstrebt wird."
Wir haben diesen Satz aufgenommen, weil wir wissen, daß dieser Satz etwas ausspricht, was auch Sie für richtig halten. Zum Beweise dafür beziehe ich mich auf die Note der Sowjetregierung vom 7. Juni,in der sie die Herstellung diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen hat. Dort heißt es in dem 8. Absatz folgendermassen:
"Hierbei geht die Sowjetregierung davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zur Lösung der ungeklärten Fragen beitragen wird, die das ganze Deutschland betreffen und somit zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes - der Wiederherstellung der Einheit des deutschen demokratischen Staates - verhelfen wird."
Ich darf damit die Erläuterung Ihrer Note und dessen, was wir dazu zu sagen haben, abschliessen und jetzt übergehen zu dem Inhalt der Antwortnote des Herrn Bundeskanzlers an den Herrn Ministerpräsidenten der Sowjetregierung.
Über die beiden ersten Absätze dieser Antwort brauche ich kaum ein Wort zu verlieren. Sie sind die genaue Wiederholung des Textes Ihrer eigenen Note, so, wie Sie sie vorgeschlagen haben, an uns. Der dritte Absatz ist von untergeordneter Bedeutung. Er ist ein Hinweis darauf, daß bei der Errichtung von Botschaften es gewisser technischer

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

scher Vereimbarungen bedarf. In jedem Fall der Errichtung von Botschaften sind sie nötig.
Ich komme jetzt zu den letzten Absätzen. Das sind die Absätze, an denen Sie, Herr Ministerpräsident, besonderen Anstoß genommen haben. Ich darf vorausschicken, daß es nicht von uns beabsichtigt ist, Ihnen hier irgend einen Text aufzunötigen. Ich bitte Sie,die Formulierung, die wir hier versucht haben, als nicht mehr zu betrachten wie eine Diskussionsgrundlage. Wir sind also bereit, ~~jede~~ jede andere Formulierung, die annähernd denselben Gedankengang wiedergibt, ebenfalls zu akzeptieren und haben sogar für alle Fälle eine kleine Ersatzformulierung vorliegen. Wir bestehen auch nicht darauf, daß das, was hier ausgesprochen worden ist, unbedingt in diesen Antwortbrief hineinkommt. Wenn Sie es vorziehen, daß es in anderer Weise, etwa in einem anderen Brief ausgesprochen wird, so sind wir auch damit einverstanden.
Was steht nun in diesen beiden letzten Absätzen? Es stehen darin zwei Dinge, die nach unserer eigenen Verfassung unerlässlich sind. Die Bundesregierung ist erstens nach unserer Verfassung nicht in der Lage, irgend etwas zu tun, was die Entscheidung der Grenzfragen für Gesamtdeutschland in irgend einer Weise präjudiziert. Das ist ein Rechtsgrundsatz, den wir in keiner Weise überwinden können und der unsere Politik in diesen ganzen, ja in allen Fragen der internationalen Politik bestimmt und begrenzt hat. Deshalb lautet der erste Satz des Entwurfs, den wir Ihnen übergeben haben:
"Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR stellt keine Anerkennung des derzeitigen beiderseitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten."
Der zweite Punkt ist ein Punkt, der, wie ich höre, gestern in dem Gespräch zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten Bulganin und dem Herrn Bundeskanzler Adenauer eine Rolle gespielt hat. Herr Ministerpräsident Bulganin hat heute früh, als er unserer kleinen Delegation Bericht erstattete über sein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler, selbst erwähnt, daß der Herr Bundeskanzler gestern auf die Frage, ob unser Verhältnis zur DDR Schwierigkeiten machen würde bezüglich der diplomatischen Beziehungen, erwidert hat, daß gewisse Vorbehalte nötig seien. Das ist in der Tat für uns alle eine juristische Notwendigkeit. Ich nehme an, daß der Sowjetregierung unser Rechtsstandpunkt in der Frage unserer eigenen Vertretungsmacht in deut-

schen

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

schen Angelegenheiten und in internationalen Angelegenheiten bekannt ist. Andererseits ist uns bekannt, daß dieser unser Rechtsstandpunkt von Ihnen nicht geteilt wird. Was wollen wir nun mit dieser Formulierung ausdrücken? Nichts anderes als den Tatbestand, den ich eben bezeichnete. Mit anderen Worten: Wir muten Ihnen mit dieser Formulierung nicht zu, daß sie unseren Rechtsstandpunkt akzeptieren. Wir teilen Ihnen nur mit, daß unser Rechtsstandpunkt unverändert ist. Das geschieht in dem Ihnen überreichten Entwurf durch die folgende Formulierung:
"Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung der Sowjetunion bedeutet keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in Bezug auf ihre Befugnis zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in Bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die gegenwärtig ausserhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen."

Ich gebe zu, daß diese Formulierung in der Note, die wir Ihnen überreicht haben, vielleicht etwas juristisch zugespitzt ist. Ich habe deshalb vorhin schon gesagt, daß wir uns überlegt haben, ob es nicht eine Formulierung der Erklärung gibt, die etwas eleganter ist. Ich will Ihnen diese Formulierung jetzt auch mitteilen und darf sie vielleicht ebenfalls zur Diskusssionsgrundlage unseres Gespräches machen. Ich wiederhole, es handelt sich um eine Formulierung, die an Stelle der beiden letzten Absätze tritt, also sowohl von Ziffer 1 wie Ziffer 2. Die Alternativformulierung lautet:

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen spricht die Bundesregierung keinen Verzicht auf den von ihr bisher eingenommenen Rechtsstandpunkt bezüglich der politischen und rechtlichen Lage der deutschen Gebietsteile aus, die gegenwärtig ihrer effektiven Hoheitsgewalt nicht unterliegen.

Ich wiederhole zum Abschluss noch einmal, um über diesen Punkt kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Einerlei, ob wir die Formulierung wählen, die in dem Ihnen überreichten Entwurf enthalten ist oder die Formulierung, die ich Ihnen jetzt vorgelesen habe. In beiden Fällen handelt es sich um eine einseitige Erklärung der Bundesregierung. Wir verlangen von Ihnen nicht, daß Sie diese Erklärung annehmen, wir verlangen von Ihnen auch nicht, daß Sie zu dieser Erklärung ausdrücklich Ihre Übereinstimmung erklären.

Molotow: Mir scheint, daß wir uns vor allem über die Hauptfrage einigen müssen. Ich nehme an, daß der Vorschlag, den ich hier machen will, auch annehmbar für unsere Partner, für die Delegation der

deutschen

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

deutschen Bundesrepublik sein wird. Wie es bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen üblich ist, müßten unsere Noten identisch sein. Und in der Tat, wenn in unserer Note davon gesprochen wird, daß die diplomatischen Beziehungen ab heute aufgenommen werden und in Ihrer Note kein Hinweis darauf enthalten ist, dann werden die beiden Noten nicht übereinstimmen. Ich sage nicht, daß es unbedingt notwendig ist, den Akkord anzunehmen, den wir vorgeschlagen haben. Wir können darüber diskutieren und uns über eine Formulierung einigen. Aber wir müssen uns auch darüber einigen, daß unsere Erklärungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einen identischen Charakter und gleichen Sinn haben. Vorläufig besteht keine solche Übereinstimmung. Unsere Note besagt das Eine, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen gemeint ist, und Ihre Note vermeidet den Hinweis auf das Datum der Herstellung dieser Beziehungen, woraus sich auch die Nichtübereinstimmung der beiden Noten ergibt.

Das zweite Moment: Ich möchte auch auf Punkt 1 und 2 Ihres Memorandums eingehen. Sie legen hier Ihren Standpunkt zu diesen beiden Fragen dar. Es ist ein offenes Geheimnis, daß wir in diesen beiden Fragen unseren eigenen Standpunkt beziehen und Sie Ihren eigenen. Wenn Sie Ihren Standpunkt in Ihrem Schreiben zum Ausdruck bringen, dann müssen wir unseren Standpunkt in unserem Schreiben zum Ausdruck bringen. Denn die Darlegung eines Standpunktes, der offiziell berichtet wird, darf doch nicht unbeachtet gelassen werden. Wir nehmen an, daß es richtig wäre, diese zwei Punkte aus unserem Briefwechsel auszuschliessen, und den Standpunkt der Regierung der deutschen Bundesrepublik zu diesen Fragen kann sie immer dann zum Ausdruck bringen, wenn sie es für notwendig halten wird. Die sowjetische Regierung ihrerseits wird ebenfalls dann, wenn sie dazu den Wunsch haben wird und die Notwendigkeit dazu sehen wird, ihren eigenen Standpunkt zu dieser Frage darlegen. Dadurch berühren wir eigentlich nicht Ihre Haltung, und Sie müssen dann auch unsere Haltung nicht berühren. Es gibt folgende Schlußfolgerung aus unserem Meinungsaustausch: Ich schlage vor, daß die beiden Punkte aus unserem Briefwechsel gestrichen werden; ich schlage vor, daß wir uns darüber einigen, daß die Briefe, die wir austauschen müssen, identischen Charakter tragen. Wäre das für Sie annehmbar, dann könnten wir uns über einige Details durch eine eingehende vorläufige Redigierung einigen.

Hallstein: Darf ich antworten: Ich möchte zunächst sprechen von dem Inhalt der Note, der bisher schon identisch ist. Das ist Ihre Note und das sind die beiden ersten Absätze unserer Note. Es ist

auch

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

auch meine Meinung, daß diese beiden Briefe, soweit sie sich auf diese beiden Absätze beziehen, identisch sein müssen. Infolgedessen habe ich zwei Vorschläge: 1. daß wir das "ab heute" in beiden Texten streichen und vielleicht durch eine Wendung wie "alsbald" ersetzen. Dann sind die Texte insoweit identisch.

Bulganin: Wenn der Zeitpunkt nicht angegeben wird, dann müßte man das genauer sagen, und zwar " es werden diplomatische Beziehungen hergestellt werden."

Hallstein: Das ist auch eine Lösung. Der zweite Vorschlag ist ein Vorschlag, den ich vorhin schon als eine mögliche Lösung angedeutet habe. Es ist der Vorschlag,das, was in den beiden letzten Absätzen des Ihnen überreichten Entwurfs unseres Schreibens steht, abzutrennen und besonders zu behandeln. Wie zu behandeln? Herr Molotow schlägt vor, so, daß man die ganze Erklärung wegläßt; wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er vorgeschlagen, über diese beiden Punkte, über die wir in diesen letzten Absätzen unseres Entwurfs ausgesagt haben, schriftlich gar nichts zu sagen. Oder - vielleicht können Sie es selbst sagen - sind Sie einverstanden, daß es auf andere Weise, also in einem anderen Briefwechsel, gesagt wird?

Molotow: Wenn die Regierung der deutschen Bundesrepublik es für notwendig hält, ihren Standpunkt in dieser Frage darzulegen, so ist das ihre Angelegenheit. Ebenso ist es unsere Angelegenheit,daß wir zu dieser Frage unseren Standpunkt darlegen werden in der oder jener Erklärung.

Hallstein: Darf ich noch eine Frage stellen? Ich glaube, es besteht ein Unterschied zwischen dem ersten Punkt unserer Erklärung und dem zweiten Punkt. Die erste Erklärung bezieht sich auf die Grenzfragen. Ich kenne die Erklärungen und die Noten, die die russische Regierung abgegeben hat in Fragen, die die Grenzen betreffen. In diesen Erklärungen findet sich wiederholt der Satz, daß endgültige Grenzregelungen einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Wir waren deshalb der Meinung, daß wir mit dem, was wir in Ziffer 1 unseres Entwurfs aussprechen, etwas sagen, mit dem Sie sachlich einverstanden sind, anders als bei Punkt zwei, wo wir etwas erklären,wovon wir wissen, daß Sie damit nicht einverstanden sind.

Molotow: Das entspricht nicht unserem Standpunkt. Unser Standpunkt besteht in folgendem,und wir haben ihn wiederholt dargelegt: Wir sind der Ansicht, daß die Grenzfrage eine bereits entschiedene Fra-

ge

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

ge ist, aber daß sie im Friedensvertrag ihre Form finden muß.

Hallstein: Ist das nicht ein Streit um Worte, Herr Minister? Wir sagen "endgültige Grenzregelung".

Molotow: Darin besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Diese Regelung macht die Frage zu einer strittigen Frage. Ihr Vorschlag macht diese Frage strittig, und unser Standpunkt ist, daß diese Frage keine Diskussion mehr zuläßt.

Hallstein: Dann sind wir also in diesem Punkt nicht einig.

Molotow: Dann beziehen wir also in dieser Frage verschiedene Standpunkte, und zwar schon seit langem.

Hallstein: Dann würde ich vorschlagen, daß wir überlegen, wie dieser zweite Briefwechsel aussieht. Wir sprechen jetzt von dem zweiten Satz von Briefen, also von dem Brief des Bundeskanzlers an den Ministerpräsidenten und von Ihrer Absicht, evt.ebenfalls einen Brief an uns zu schreiben.

Molotow: Dann wird es zwei Briefe geben.

Hallstein: So habe ich Sie, Herr Molotow, verstanden.

Molotow: Ich wiederhole, wir sind der Ansicht, daß die Fragen,die in Ziffer 1 und 2 gestellt werden, Fragen sind, in denen wir verschiedene Standpunkte beziehen. Deshalb ist es unmöglich, diese beiden Fragen in den Briefwechsel einzuschliessen, weil das strittige Fragen sind, die eine Diskussion zwischen uns einleiten könnten. Wenn aber nach dem Austausch dieser Briefe die Regierung der deutschen Bundesrepublik es für notwendig erachten wird, eine derartige Erklärung abzugeben, aber nicht in der Form eines Briefwechsels, dann kann sie es tun, z.B. in einer Erklärung für die Presse, die Öffentlichkeit usw. Und noch eins:Wir halten es für möglich,einem Ihrer Vorschläge entgegenzukommen, der in Ihrem Schreiben enthalten ist und der in unserem Schreiben nicht vorgesehen ist. Wir halten es für möglich, daß in dem Briefwechsel erwähnt wird, daß die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Ländern zur Lösung ungeregelter Fragen beitragen wird, die sich auf Deutschland beziehen und damit auch zur Lösung des wichtigsten Problems des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung des deutschen demokratischen Staates. Das ist das, was Sie vorschlagen. Wir nehmen das an, was Sie in der Frage der Einheit Deutschlands gesagt haben.

Hallstein

Quelle: KAS/ACDP, 01-454-002/3

Hallstein: Ich habe eine etwas andere Formulierung gewählt.Ich glaube nicht, daß sie sich sachlich unterscheidet.Sie ist etwas kürzer.

MOLOTOW: Ich schlage vor,in diesem Briefwechsel zu erwähnen, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Lösung des nationalen Problems des deutschen Volkes beitragen wird, zur Wiederherstellung der Einheit des demokratischen Staates.

Hallstein: Ich bin sehr dankbar, daß Sie das sagen, Herr Minister. Vielleicht darf ich Sie bitten, dem zuzustimmen, daß ich noch ein Wort zufüge, das in unserem Brief steht,nämlich zur "alsbaldigen" Lösung.

Molotow: Hätte es keine Pariser Verträge gegeben, dann würden wir darauf eingehen. Aber jetzt dieses Wort "alsbald" hinzuzufügen!

Chruschtschow:Es widerspricht der gegenwärtigen Lage. Wir möchten, daß dort das geschrieben steht, was wir erfüllen können, was real ist. Wir wollen so das erreichen, daß,wenn wir nach der Aufnahme unserer Beziehungen irgendwo noch einmal zusammenkommen, wir uns voreinander nicht zu schämen brauchen und einander ruhig in die Augen sehen können.
Herr Bundeskanzler, darf ich das Wort ergreifen und einen Vorschlag machen? Herr Bundeskanzler, vielleicht sind Sie damit einverstanden, daß diese zwei letzten Punkte in unserem Briefwechsel nicht erwähnt werden, wenn wir damit einverstanden sind, daß diese Ergänzung, die Sie vorschlagen, aufgenommen wird.
Dann würde ich vorschlagen, daß wir jetzt eine Pause machen und daß die Minister und ihre Stellvertreter sich an die Redigierung ihres gemeinsamen Vorschlages machen. Wir könnten im Park spazieren gehen, das würde ein guter Zeitvertreib sein.

Hallstein: Ich wünsche den Herren einen genussreichen Spaziergang, aber ich möchte nicht, daß sie ihn mit einem Mißverständnis antreten. Es ist nicht so, daß wir einig wären, über die beiden Vorbehaltspunkte zu sprechen. Wir können darauf,zur Grenzfrage und zur Vertretungsfrage Erklärungen abzugeben, nicht verzichten. Aber wir sind bereit, sie nicht in diese Note aufzunehmen. Wir müssen uns also überlegen, in welcher Form wir sie schriftlich zum Ausdruck bringen.

Chruschtschow: Wir sind einverstanden.